

# Presseinformation



Kiel, den 31.01.2025

Es gilt das gesprochene Wort

Christian Dirschauer

**TOP 38 Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten  
des Landes Schleswig-Holstein bei der Präsidentin des  
Schleswig-Holsteinischen Landtags (Tätigkeitsbericht 2023)  
Drs. 20/2211 und 20/2777**

*„Samiah El Samadoni und ihr Team leisten einen wichtigen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit im Land.“*

Man kann es gar nicht oft genug betonen: Die Bürgerbeauftragte leistet gemeinsam mit ihrem Team eine Arbeit von unschätzbarem Wert. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürgern im Land nicht nur Hilfestellung bei den unterschiedlichsten Problemen. Sondern sie legt mit ihren fundierten Berichten auch regelmäßig den Finger in die Wunde. Damit schafft sie in Verwaltung und Politik gleichermaßen ein Problembewusstsein und die Basis dafür, dass Entscheidungen und Maßnahmen transparenter und vor allem bürgernäher ausgestaltet werden. Anders formuliert sorgen Samiah El Samadoni und ihre Mitarbeitenden also tagtäglich für mehr soziale Gerechtigkeit im Land. Hierfür möchte ich mich im Namen des SSW herzlich bedanken.

Bekanntlich besteht das Amt der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten seit mittlerweile 35 Jahren. Dazu möchte ich Ihnen, Frau Samadoni, auch stellvertretend für Ihre AmtsvorgängerInnen gratulieren. Doch auch wenn es erfreulich ist, dass die Institution Bürgerbeauftragte in dieser Zeitspanne unzähligen Menschen zu ihrem Recht verhelfen konnte, hat dieses Jubiläum für uns einen bitteren Beigeschmack. Denn nicht zuletzt der Blick auf den Tätigkeitsbericht 2023 zeigt, dass wir es nach wie vor mit einer traurigen Konstante zu tun haben: Immer wieder wird deutlich, wie kompliziert und mitunter auch unflexibel unsere Sozialsysteme sind. Noch immer gibt es viel zu viele Menschen, die mit diesen Regelungen überfordert sind und Hilfe brauchen. Dass die Beauftragte diesen Menschen mit Rat und Tat zur Seite steht ist wichtig. Denn das trägt nicht zuletzt zum sozialen Frieden hier im Land bei. Gleichzeitig ist es in Teilen aber auch ein Armutszeugnis für Politik und Sozialverwaltung, da wir es ganz offensichtlich noch immer nicht schaffen, alle Menschen mitzunehmen.

Im aktuellen Berichtszeitraum wurden 3.641 Eingaben an die Beauftragte gerichtet. Damit ist die Zahl der Petitionen weiterhin auf einem hohen Niveau und in der Tendenz sogar steigend. Gleichzeitig weist auch die Beauftragte darauf hin, dass hinter der Zahl 3.641 keine anonymen Aktenzeichen, sondern

konkrete Einzelschicksale und damit Menschen stehen, die im Umgang mit der Verwaltung nicht mehr weiterwissen. Das sollte man sich beim Blick auf den Bericht immer bewusst machen. In diesen vielen Fällen suchen Bürgerinnen und Bürger Rat, weil sie beispielsweise ihre Bescheide nicht verstehen. Oder sie brauchen Beratung, weil sie aufgrund einer Behinderung benachteiligt oder anderweitig diskriminiert werden. Oder sie bitten die Beauftragte und ihr Team um Hilfe, weil sie eine gefühlte Ewigkeit auf die Bearbeitung ihrer Anträge warten. Oftmals kann die Bürgerbeauftragte vermitteln und praktikable Lösungen erzielen. Und in vielen Fällen eben auch Akzeptanz schaffen. So zum Beispiel für die mitunter langen Bearbeitungszeiträume, die bekanntlich durch den immer stärkeren Fachkräftemangel in den Behörden bedingt sind.

Angesichts dieser enormen Herausforderung können wir uns der Empfehlung, Verwaltungsaufgaben effizienter und weniger bürokratisch zu gestalten, nur anschließen. Uns ist zwar bewusst, dass sich auch dadurch nicht alle Hürden abbauen und jegliches Verwaltungshandeln beschleunigen lässt. Aber wir teilen ausdrücklich die Einschätzung der Beauftragten, nach der Gesetze mit Augenmaß und zunehmend so gestaltet werden müssen, dass die Umsetzung in Zukunft mit weniger Verwaltungsaufwand erfolgen kann. Ähnliches gilt im Übrigen für eine ganze Reihe an konkreten Lösungsansätzen, die uns in den Anregungen mit auf den Weg gegeben werden. So halte ich es zum Beispiel für dringend geboten, dass wir zügig zu mehr Flexibilität und zu einem deutlich realitätsnäheren Erstattungsbetrag beim Thema selbstbeschaffte Haushaltshilfe kommen. Die Tatsache, dass die Bezugsgröße hier aus dem Jahr 1996 stammt, spricht Bände und macht überdeutlich, wie zwingend eine Anpassung ist.

Ich denke uns allen ist bewusst, wie vielfältig die Problemstellungen und Herausforderungen sind, die die Institution Bürgerbeauftragte tagtäglich im Sinne der Petentinnen und Petenten bearbeitet. Eine Debatte hier im Plenum reicht bei weitem nicht, um alle Aspekte zu beleuchten. Deshalb freue ich mich auch mit Blick auf diesen Bericht darauf, die aufgeführten Themen im Rahmen der Ausschussarbeit und im direkten Austausch mit Samiah El Samadoni zu vertiefen. Noch dazu werden wir so viel wie möglich unmittelbar in unsere politische Arbeit einfließen lassen. Und auch deshalb bin ich für die vielen wertvollen Hinweise dankbar.

*Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:*

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek/>